

# RZ-Online Artikelarchiv vom 15.01.2009

## Kommunalreform wird diskutiert

### So bewerten die Stadt- und VG-Chefs der Region Bruchs Gedankenspiele

Wenn der jeweilige Stadtrat es will, können nach der Kommunalreform große Gemeinden wie beispielsweise Mülheim-Kärlich oder Vallendar einen hauptamtlichen Stadtchef beschäftigen. Innenminister Karl Peter Bruch will aus dem "Nebenjob" ein Hauptamt machen (die RZ berichtete). Unsere Zeitung hat sich nun umgehört: Was sagen amtierende Stadtbürgermeister dazu? Und wie bewertet die Verwaltungsspitze der Verbandsgemeinde Rhens die weiteren Ziele der geplanten Kommunalreform?

REGION. Die Möglichkeit, in Städten und Gemeinden ab 7500 Einwohnern einen hauptamtlichen Bürgermeister zu beschäftigen, stößt in der Region auf breite Zustimmung. Das zeigt eine Umfrage unserer Zeitung. Aber: Nicht überall sei die Beschäftigung eines hauptamtlichen Stadtchefs auch vonnöten.

"Für Vallendar nicht nötig"

So bewertet etwa Vallendars amtierender Stadtbürgermeister **Wolfgang Helbach** den Vorschlag des Landesinnenministers Karl Peter Bruch positiv, im Zuge der Kommunalreform vom Jahr 2014 an Städten und Gemeinden ab 7500 Einwohnern, die noch ehrenamtlich geführt werden, eine solche Option einzuräumen. Ein hauptamtlicher Stadtchef für Vallendar sei aber nicht erforderlich - zumindest zurzeit nicht. Helbach, der sich im Sommer dieses Jahres ganz aus der Kommunalpolitik zurückzieht, im RZ-Gespräch: "Das soll der Stadtrat nach mir entscheiden. Für mich wäre das nicht nötig gewesen, da ich seit meiner Pensionierung im Jahr 2006 keine Doppelbelastung mehr habe." Da der Sitz der Verbandsgemeinde Vallendar zudem in der Rheinstadt liege, somit die Wege für den Stadtbürgermeister entsprechend kurz seien und die Verbandsgemeinde direkt viele Aufgaben koordiniere, sollte eine Anstellung eines hauptamtlichen Stadtchefs gut überlegt sein. "Man muss dabei auch an die finanzielle Belastung einer Gemeinde denken", sagt Helbach.

Für die Stadt Mülheim-Kärlich hingegen sei ein hauptamtlicher Stadtchef oder eine hundertprozentige Freistellung des ehrenamtlichen Stadtchefs unbestritten erforderlich, betont der amtierende Stadtbürgermeister **Uli Klöckner** und verweist dabei auf bereits gefasste Beschlüsse des Stadtrats, die in diese Richtung gehen (die RZ berichtete). Durch die Entwicklung der Stadt mit ihren rund 11 000 Einwohnern seien die anfallenden Aufgaben von einem ehrenamtlichen Stadtchef eigentlich nicht mehr zu leisten, sagt Klöckner. Er ist als Landesbeamter beim Finanzamt Koblenz tätig, aber zu 60 Prozent von seinen dortigen Dienstzeiten freigestellt - die Kosten dafür zahlt übrigens die Stadt Mülheim-Kärlich an das Land. "Wir haben einen großen Personalapparat, einen eigenen Betriebshof und, und, und. Momentan sind diese Mitarbeiter an zwei Tagen in der Woche ohne Führung. Das ist keine gute Lösung", sagt Klöckner. Erschwerend komme hinzu, dass Mülheim-Kärlich nicht der Sitz der Verbandsgemeinde sei. Stadtbürgermeister Klöckner zur momentan Doppelbelastung: "Durch diese Konstellation habe ich ständig das Gefühl, in beiden Jobs zu wenig zu tun."

### Gelassenheit in Rhens

Gelassen reagiert derweil **Helmut Schreiber**, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Rhens, auf die Gedankenspiele des Innenministers, Verbandsgemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern mit anderen zusammenzufügen. Er geht davon aus, dass Rhens selbstständig bleiben wird. "Anders als in den meisten Kommunen verzeichnen wir stetig steigende Einwohnerzahlen", begründet er diese Überzeugung. Zudem könnten solche Entscheidungen nicht allein an Zahlen festgemacht werden. Denn denkbare Fusionen etwa mit der Verbandsgemeinde Braubach oder Untermosel hält Schreiber wegen der topografischen Lage - Rhein und Hunsrück bilden natürliche Grenzen - für unrealistisch. **Wäre Boppard als Verbandsgemeinde organisiert, würde sich für den Rhenser Bürgermeister aus räumlicher Sicht eine Fusion geradezu anbieten:** "Ich glaube aber nicht, dass Boppard auf den Stadtverband verzichten will." Ein Zusammengehen mit den Städten Boppard oder Koblenz will Schreiber dagegen auf jeden Fall verhindern: "Denn es ist wichtig, dass die Planungshoheit in den Gemeinden bleibt." (seb/uho)